



Feiertag gelten. Kirchliche Feiern werden abgehalten, dagegen finden sonstige Beschränkungen von öffentlichen Veranstaltungen, Theatern usw. nicht statt.

**Dresden, 25. Februar.** 1. Sitzung der Sächsischen Volkskammer. Beginn der Sitzung 3,10 Uhr nachmittags. An den Tischen für die Staatsregierung: sämtliche Minister. Die große Vorhalle und das Treppenhaus des Ständehauses, Sitzungsaal und Wandelhalle waren mit Blumen und Blattpflanzen reich geschmückt. Der Sitzungsaal war, ebenso wie die Tribünen, voll besetzt. Der Volksbeauftragte Dr. Gradnauer eröffnet die Sitzung im Namen des Gesamtministeriums mit einer Ansprache, in der er einen Überblick über die Lage gab und mit den Worten schloß: „Möge die neue Volkskammer dazu mitwirken, daß eine Zeit der freiheitlichen und sittlichen Erneuerung heraufsteigt, eine Zeit, in der Kinder und Kindeskinde ein friedliches und frohes Leben führen und den höchsten Aufgaben der Menschheit zustreben dürfen! Geden Sie, meine Damen und Herren, an Ihre Arbeiten im Vertrauen auf das Lösungswort „Durch Nacht zum Licht!“ Hierauf übernimmt Abg. Demmler (Soz.) als Alterspräsident das Präsidium, indem er in kurzen Worten auf seine 50jährige politische Tätigkeit hinweist und der Kammer das Schillerische Wort zuruft: „Seid einig, einig, einig!“ Zu vorläufigen Sekretären wurden von ihm die Abg. Koch (Dem.) und Uhlig (Soz.) bestimmt. Es folgte nunmehr die Wahl des Kammerpräsidenten. Abg. Sindermann (Soz.) schlägt als Kammerpräsidenten den Abg. Fräßdorf (Soz.) vor. Bei der Abstimmung wird Abg. Fräßdorf mit 88 von 94 abgegebenen Stimmen als Präsident gewählt und nimmt die Wahl dankend an. Präsident Fräßdorf: Die erste und wichtigste Aufgabe der Volkskammer müsse sein, unser armes gequältes Volk einer besseren Zukunft zuzuführen. Unser Volk verlange Frieden, Arbeit, Brot und Recht. Weiter führt er aus, daß in diesem Hause das freie Wort eine Stätte haben solle, aber Selbstzucht und Selbstbeschränkung seien notwendig, denn als Volksvertreter müsse dem Volk mit gutem Beispiel vorangegangen werden. In diesem Sinne schlage er dem Hause vor, nach dem Grundsatze zu handeln: Alles durch das Volk und für das Volk. Bei der Wahl der Vizepräsidenten schlägt Abg. Nischke (Dem.) Dr. Dietel (Dem.) als ersten Vizepräsidenten vor, der mit 84 von 94 Stimmen gewählt wird. Abg. Fleißner (Unabh.) schlägt Abg. Liphart (Unabh.) als 2. Vizepräsidenten vor, der mit 84 von 94 Stimmen gewählt wird. Selbe nehmen die Wahl an. Wahl der Sekretäre. Auf Vorschlag von Abg. Sindermann (Soz.) findet die Wahl der Sekretäre und ihrer Stellvertreter durch Zuzuf statt. Es werden gewählt: Abg. Dr. Wagner (Deutschnat.) und Abg. Winkler (Soz.) als Stellvertreter Abg. Hartmann (Dem.) und Abg. Kühn (Soz.).

Die Priv. Bogenschützen-Gesellschaft zu Dresden hat beschlossen, das alte historische Volksfest, die „Vogelwiese“, in diesem Jahre wieder zu veranstalten, und zwar in der Zeit vom 29. Juni bis 6. Juli. Für Hunderte von kleinen Erläuzen wird dadurch Arbeit und Verdienst geschaffen.

**Döhlen.** Die Sächsische Gießerei-Fabrik, welche mehr als 30 Dampfessel in Betrieb hat und viele hundert Arbeiter beschäftigt, hat wegen Kohlenmangel ihren Betrieb einstellen müssen.

**Leipzig.** Die Nachricht, daß bei der Oberpostdirektion in Leipzig auf Veranlassung des A. und S. Rates eine Telegrammzensur ausgearbeitet werde, findet jetzt durch eine von den Beauftragten des A. und S. Rates bei der Oberpostdirektion Leipzig ausgehende Mitteilung an die Presse ihre Bestätigung. Danach erfolgt die Telegrammzensur allerdings nur noch bis Ende dieses Monats. Die Zensur beschränkt sich lediglich auf Telegramme militärischen Inhalts; die Handelswelt werde durch sie nicht betroffen, auch trete keine Verzögerung in der Beförderung der Telegramme dadurch ein.

**Zwickau.** Am Sonnabend war die Frist zur Bewerbung um die hiesige Oberbürgermeisterstelle abgelaufen. Es sind nur 16 Gesuche von hiesigen und auswärtigen Bewerbern eingegangen.

**Reichenbach.** Fabrikbesitzer Reinhardt und Wilhelm Häfner haben der Stadtgemeinde 5000 M. zum Gedächtnis ihres auf dem Felde der Ehre gebliebenen Bruders Paul Robert überwiesen. Die Sitzungsjahres sind zur Klarschmückung und Verschönerung eines von der Stadt anzulegenden Feldens zu verwenden. Solange dieser Feldens nicht errichtet ist, haben die Zinsen zur Unterhaltung hilfsbedürftiger Kriegsinvaliden aus dem Reize 1914—1918 Verwendung zu finden.

**Klingenthal.** Von Eger ausgehend, tritt seit Anfang dieses Jahres eine bis an die sächsisch-böhmische Grenze sich erstreckende sonderbare Krankheit auf: ein heftiges, fast ununterbrochenes Schlaffen (Musikosen). Es werden Erwachsene und Kinder von ihr befallen. Nach 5—6 Tagen bessert sich der mit völliger Appetitlosigkeit verbundene krankhafte Zustand wieder.

**Schöned.** Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen teilt mit, daß für eine Erweiterung des Bahnhofes Schöned die Mittel für den Staatshaushalt 1920/21 beantragt worden sind und der Erweiterungsbau in Angriff genommen wird, sobald die Mittel bewilligt sind.

**Ramenz.** Wegen Unterschlagung bezw. unberechtigt vorgenommener Pferdverkäufe sind dieser Tage die Sergeanten Linke und Born, ehemalige Mitglieder des hiesigen Soldatenrates, in Untersuchungshaft genommen worden.

**Wanzen.** Der Aufsichtsrat der hiesigen Papierfabrik hat beschlossen, der auf den 26. März d. J. einberufenen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 20% vorzuschlagen. Und dabei wird das Papier immer teurer!

### Letzte Nachrichten.

#### Ein Anschlag auf Wilson.

Newport, 24. Februar. In Newport wurden vor der Ankunft Wilsons mehrere Anarchisten verhaftet.

Aus Newport wird gemeldet: Ueber die Verschwörung gegen den Präsidenten Wilson wird mitgeteilt, daß zwei spanische Anarchisten der Polizei gegenüber erklärten, sie seien angewiesen worden, nach Boston zu gehen, um dort das Bombenattentat auf den Präsidenten auszuführen. Es sind 14 Personen verhaftet worden, darunter auch der Journalist Martin. Die Behörden haben jetzt die Dokumente, die im Hauptquartier der spanischen Anarchisten beschlagnahmt wurden, untersucht. Es wurden daraufhin neun weitere Personen in Philadelphia verhaftet.

#### Frankreich entzieht den Streikenden die Lebensmittel.

Genf, 25. Februar. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus dem Saargebiet wurden die Zechen des Saarreviers am Sonnabend militärisch besetzt. Eine Verlautbarung des französischen Militärkommandanten warnt die Arbeiterchaft vor dem beabsichtigten Sympathietreff für die Ruhrbergleute und droht für den Fall der Minderung der Förderung die sofortige Entziehung der Lebensmittel an die Arbeiter für die Dauer des Streiks an.

#### Die Abrüstung des Verbandes.

Genf, 25. Februar. Nach Vollendung der im Waffenstillstandsvertrag vorgesehenen Abrüstung Deutschlands wird Frankreich sein stehendes Heer in Europa auf 850 000 Mann begrenzen, Großbritannien wird in Europa nur 350 000 Mann, Belgien 100 000 Mann und die Union in Europa 450 000 Mann unterhalten.

#### Drohender Streit in England.

London, 24. Februar. (Reuters.) Im Unterhause veränderte der Führer der Opposition Adanson das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter. Danach sind 611 993 für den Streik und 194 197 dagegen.

#### Der Suez- und Kieler Kanal unter internationaler Verwaltung.

Genf, 25. Februar. Nach einer Pariser Drahtmeldung soll der Kieler Kanal, nachdem seine militärischen Anlagen zerstört worden sind, ebenso wie der Suezkanal unter internationale Verwaltung kommen.

#### Ein Königsmord?

Wien. Wie die amtliche Presse mitteilt veröffentlicht eine in Marburg erscheinende slovenische Zeitung die mit Vorlicht aufzunehmende Meldung, daß König Viktor Emanuel ermordet worden sei.

#### Der Anschlag Deutsch-Oesterreichs.

Weimar. Der deutsch-österreichische Staatssekretär des Außen Dr. Bauer war am gestrigen Tage zu Verhandlungen bei Reichspräsident Ebert und Ministerpräsident Scheidemann. Die begonnenen Unterhandlungen haben gezeigt, daß große Schwierigkeiten zu überwinden sind, daß es sich besonders um solche wirtschaftlicher Natur handelt, daß aber über die Mittel des Vorgehens und über das Ziel völlige Einigkeit besteht. Dr. Bauer ist heute nach Berlin abgereist, um dort mit dem Minister des Außen weitere Verhandlungen zu führen.

#### Es hat noch nicht genug Geld gekostet.

Karlruhe. Der von den Spartakisten bei der Ertüchtung des Mannheimer Gerichts angelegte Schaden soll bedeutend sein. Der Schaden an dem alten Gefängnis beträgt 300 000 M., den die Stadt zu tragen haben wird. Das Gerücht, es seien auch politische Gefangene befreit worden, ist unwahr, da es seit der Revolution in Baden keine politischen Gefangenen mehr gibt. Die Bewaffnung der Spartakisten war so reichlich, daß man ein friedensstarkes Regiment hätte ausrüsten können. Sie hatten die Waffen dadurch erlangt, daß sie das altsie Bataillon des Regiments 110 entwaffnet hatten.

#### Drei polnische Divisionen für Danzig.

Der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird indirekt aus Paris gemeldet: Wie an informierter Stelle verlautet, haben die Alliierten beschlossen, 3 polnische Divisionen, die sich gegenwärtig in Frankreich befinden, unter dem Kommando des Generals Miller nach Danzig zu entsenden. Dieser Beschluß wird auf bestimmte Meldungen zurückzuführen, die besonders in London eintreffen, nach denen die Deutschen beabsichtigen, entgegen den eingegangenen Versprechungen auf der Linie Posen—Bromberg offenlos vorzugehen.

#### Präsident Wilson

wird sich, wie der amerikanische Außenminister Daniels erklärte, ungefähr am 5. März auf dem „George Washington“ wieder nach Frankreich begeben.

#### Ein Hilferuf nach Schweden.

Der Zentralvorstand des evang. Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in Leipzig hat an den Erzbischof Söderblom in Uppsala (Schweden) folgendes Telegramm gerichtet: Im Ausruhmgebiet Polen, das Deutsch und auf Neuordnung der Entente jetzt Kampflas preisgegeben wurde, sind rund 800 000 Deutsch-Evangelische von fanatischem National- und Religionshaß polnischer Katholiken bedroht. Wir bitten das Vaterland Gustav Adolfs um Einschreiten zum Schutze dieser Glaubensgenossen.

## Die Nationalversammlung.

12. Sitzung. Montag, den 24. Februar 1919.  
Die Regierungsjahre: Roste, Bissell, Dr. Breuß  
Dr. Bell.

Präsident Feyherbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten.

Der Gemeinderat von Wien begrüßt durch den Oberbürgermeister Dr. Weiskirchner die Deutsche Nationalversammlung und gibt der Freude darüber Ausdruck, daß die Schaffung eines einigen Deutschen Reiches, zu dem auch Deutsch-Oesterreich gehören würde, nicht mehr fern ist. (Großer Beifall.)

Ein Telegramm aus Athen enthält die Nachricht, daß der Präsident der österreichischen Nationalversammlung Setz aus Wien gefandt. Die Gemeinde Danau bittet um sofortigen militärischen Schutz gegen die Spartakusangriffe, die Gemeinde Danau um erhebliche Veranschlagung der rationierten Lebensmittel. — Aus dem Stadttag ist ein Protest gegen die bedrohliche Ansammlung tschechischer Truppenmassen an der Grenze eingelaufen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von den Abgg. Voede (Soz.), Gröber (Ztr.), von Bayer (Dem.) und Dr. Rieher (Rp.) eingebrachten Gesetzesentwurfes über die

#### Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Da die Vorlage zu spät verteilt worden ist, und die Deutschnationalen und Unabhängigen Sozialdemokraten Widerspruch erheben, muß dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden.

#### Darauf tritt das Haus in die Beratung des Entwurfs einer Verfassung

des Deutschen Reiches ein. Da die Vorlage in ihrer ursprünglichen Form schon vom Staatssekretär Dr. Breuß begründet worden ist, soll nur noch die Begründung der Änderungen vorgenommen werden.

Reichsminister des Innern Dr. Reuß: Als ich zu Beginn dieser Tagung Ihnen den Entwurf einer vorläufigen Verfassung vorzulegen hatte, da war ich mir keineswegs sicher, Ihnen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit den Entwurf einer endgültigen Verfassung als einstimmigen Beschluß der Reichsversammlung vortragen zu können. Gewiß, der Entscheidungskampf um die Verfassung beginnt erst jetzt, die bisherigen Erörterungen in der Presse und namentlich im Staatenrat mögen erst eine Art Vorpostengefecht gewesen sein; aber immerhin sind sie hartnäckig genug gewesen, und ich kann sagen: wir, das heißt die Vertreter der Reichsregierung und der Gliedstaaten, haben uns das Leben ehrlich fauer gemacht, haben unsere Geduld gegenwärtig ehrlich auf die Probe gestellt. Aber am Ende aller Enden sind wir doch in allen Hauptsachen zu einer Verständigung gekommen, was nicht anders möglich gewesen ist, als daß jeder einen oder auch mehrere Punkte hat zurückweichen müssen. Ob das von der einen oder anderen Seite genügend oder vielleicht gar schon zu viel geschehen ist, darüber wird die Nationalversammlung endgültig zu entscheiden haben. Natürlich werden wir also bei der weiteren Behandlung der Verfassung uns nicht beruhigt auf's Faulbett legen können, aber in einer Zeit, da schmerzliche Sorgen nur allzu berechtigt sind, sollte man doch nicht in einem ungeunden Pessimismus sich erschließen lassen, sondern die immerhin eine gewisse Zuversicht werden können.

Man vermischt nicht mit Unrecht den großen Schwung der Stimmung für die revolutionäre Verfassung. Aber es ist hier in zweimal 24 Stunden die vorläufige Verfassung zustande gebracht worden — etwas, was wir in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben. Daß Blätter der Rechten der Verfassungsentwurf der Republik nicht gefallen kann, ist selbstverständlich; aber gerade das, was ihnen dabei von ihrem Standpunkt mit Recht nicht gefallen kann, die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie, gerade das ist reiflos und in gerader Linie in diesem Entwurf enthalten; wo aber Abbiegungen und Ausnahmen, die auch uns nicht gefallen, darin enthalten sind, so sind es ohne jede Ausnahme

#### Erbschaften aus der früheren Verfassung.

des Kaiserreichs. Rechte der Einzelstaaten, Reservatrechte, die in der früheren Verfassung verankert waren; wenn es nun nicht möglich war, bei der heutigen Lage sie alle zu beseitigen, so sollten die Anhänger des Alten zu allererst dem Neuen daraus einen Vorwurf machen.

Jedenfalls bedeutet der Entwurf auch in dieser Beziehung einen Fortschritt. Das deutsche Volk steht zum erstenmal in seiner Geschichte vor der Aufgabe, den Grundsatze zu verwirklichen; die Staatsgewalt liegt beim Volk, das ist der leitende Gedanke der freiheitlichen deutschen Verfassung von Weimar. Nicht ein Bund der Fürsten ist selbstverständlich das Deutsche Reich, aber auch nicht ein Bund der Gliedstaaten, sondern der Ausgangspunkt für die neue Verfassung ist die Selbstregierung des deutschen Volkes

in seiner Gesamtheit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, einem Wunsche nachzugeben, der vielfach in der Öffentlichkeit geäußert worden ist, dem zu einem neuen Staate umgewandelten Staatswesen den Namen der „Bereinigten Staaten von Deutschland“ zu geben. Gewiß, es läßt sich auch manches für diesen Namen sagen, aber er würde doch zweifellos im Grunde genommen einen partikularistischen Rückschritt bedeuten gegenüber dem Bestehenden. Es ist auch der Wunsch ausgesprochen worden, überall die Bezeichnung „Reich“ auszumergen und an ihre Stelle zu setzen „Deutsche Republik“. Der Entwurf tut es nicht etwa aus Scheu, sich zur Republik zu bekennen, aber das Wort und der Gedanke des Reiches hat für das deutsche Volk doch einen

#### so tief wurzelnden Gehaltswert,

daß man es, glaube ich, nicht verantworten könnte, diesen Namen aufzugeben. Es hängen Traditionen von Jahrhunderten, es hängt die ganze Sehnsucht des gesplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einigung an dem Namen Reich, und wir würden tiefwurzelnde Wurzeln ohne Grund und Boden verlieren, wenn wir von

Worte, E  
schungen  
abgeben  
sic schla  
zu geben  
eine sch  
die Jahr  
inden zu  
ungen bo  
Das  
dante po  
und gro  
die deut  
begreifen  
nicht im  
ist. Das  
ten. Sch  
und  
beiden u  
zuständ  
nunmehr  
mit D  
haaten a  
recht ver  
hisher ei  
des Reich  
werden, d  
ziehungen  
wie de  
noch h  
diplomati  
nach der J  
auf Dien  
5. Sitzung  
im Regier  
Bandsch  
Präsident  
Uhr. U  
gramm au  
die Pöbe  
Die J  
Nebergri  
auf d  
äsident S  
Es folgt  
e (Soz.), G  
Rieher (Rp)  
Bildung  
Abg. Sch  
den Rat i  
schell, der  
nen soll, t  
rlichen Z  
Ausrufu  
zu schaff  
auf das  
Es ist  
daß der  
die I  
der zuerf  
jetzt genö  
werden. A  
r große  
de der A  
is und zu  
Stärke de  
endgültige  
Friedensve  
Eben  
fes; das G  
treten. C  
vorläufige  
werden du  
Anglieder  
de und F  
lich werde  
Reichsw  
sie bereit  
zuordnen  
Reich  
wendig ist  
mandogen  
sine Bero  
ndlage bil  
te Disziplin  
habe um  
wäre das  
ens. (Geb  
hliche So  
de in den  
Wieder  
nisse sind  
lagen, daß  
wie die  
Kasern  
acht werde  
entlich gr  
ein Wor  
jetzt ein  
Ich verhe  
enwärtiger  
zu and  
Offizier  
Derren  
olution g  
lichten mü  
wenn d  
auf U  
einer Zell  
blutet un  
diese h  
auch die  
das wa  
schenswer

sorte, das eine schwer errungene nach langen Kämpfen verwirklichte Einheit zum Ausdruck abgeben wollten. (Zustimmung.)

Sie schlagen vor, dem neuen Reich neue Farben geben: schwarz-rot-gold. Es mag für eine schmerzliche Entscheidung sein, die Jahrzehnte lang ruhmreich gewahrt haben, werden zu sehen, aber es sind gewaltige Veränderungen vorgegangen, eine alte Epoche ist abgelaufen. Das Prinzip schwarz-rot-gold war immer dankbare politischer Größe und politischer Einheit und zwar der großdeutschen nationalen Einheit. Die deutsche Demokratie wird nur einen Völkern begreifen, der selbst demokratisch ist. Ein Volk nicht im Innern frei sein, wenn es nach außen ist. Das müssen auch die älteren Demokratien sein. Schwierig ist die Arbeitsteilung zwischen und zwischen. Die Beziehungen zwischen beiden müssen immer herzlicher werden.

Die Beziehungen werden nach Art. 119 mehr ausschließlich Reichsangelegenheiten sein und mit Dank hier anerkannt werden, daß die Staaten auf das aktive und passive Wahlrecht verzichtet haben. (Beifall.) Es war das bisher ein arger Schönheitsfehler in der Stellung des Reiches nach außen und es darf angenommen werden, daß in weiterer Konsequenz überhaupt Beziehungen zwischen dem Reich und seinen Gliedstaaten, wie der Gliedstaaten zueinander hoffentlich noch herzlicher werden, aber eben deshalb diplomatischen mehr bleiben.

Nach der Rede von Dr. Preuß vertagte sich das auf Dienstag: Reichswehrakt.

15. Sitzung, Dienstag, den 25. Februar 1919.  
Im Regierungskomitee: Scheidemann, Roske, Wissell, v. Lamsberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Unter dem Einfluß befindet sich ein Gramm aus Düsseldorf, das energischen Protest gegen die Döbelherrschafft und Anarchie in Düsseldorf und die Interpellation wegen der

Uebergriffe einzelstaatlicher Verwaltungen auf den Religionsunterricht soll, wie Ministerpräsident Scheidemann erklärt, später beantwortet werden.

Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. (Soz.), Gröber (Zentr.), v. Bayer (Demokr.) und Lieber (Sp.) eingebrachten Gesetzentwurfs über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Schöpslin (Soz.): Der Antrag ist aus dem Not der Zeit hervorgegangen. Er ist ein Schritt, der dem gegenwärtigen Chaos ein Ende tun soll, indem er die vorhandenen zerstückelten Kräfte organisch zusammenfaßt und will. Die Aufrufung der Wehrpflichtigen eine militärische Einheit zu schaffen, ist zurzeit nicht ausführbar, wir sind auf das Anwerbeheer, auf Freiwillige, angewiesen. Es ist eine fast grauliche Ironie des Schicksals, daß der Staat, der einst

die stärkste Militärmacht der Welt war, zuerst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, die nun durch Freiwillige durchgezogen werden. Bei dem moralischen Niedergang, der die große Masse des deutschen Volkes erfaßt hat, ist der Aufruf der Wehrpflichtigen wohl völlig nutzlos und zwecklos sein.

Die Stärke der vorläufigen Reichswehr ist begrenzt. Die endgültige Reichswehr wird in ihrer Stärke von Friedensverhandlungen und anderen Faktoren abhängen. Ebenso begrenzt ist die Zeitdauer dieses Notgesetzes; das Gesetz soll Ende März 1920 wieder außer Kraft treten. Eine einheitlich organisierte Truppe wird vorläufige Reichswehr nicht sein, sie soll geschaffen werden durch

Einwerbung von Freiwilligen  
Ungliederung der vorhandenen Freiwilligenverbände und Freiwilligenformationen. Was aber einheitlich werden soll und werden muß, ist, daß diese Reichswehr die Reichsverfassung respektiert, sie bereit ist, in Konflikten sich der Reichsregierung zu unterordnen und den

Reichsgesetzen Geltung zu verschaffen.  
Wichtig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Anordnungs- und Disziplinierung unterziehen, wofür die seiner Zeit seine Verordnung des Kriegsministeriums eine gute Grundlage bildet. Auch eine Disziplin, und zwar eine strenge Disziplin muß die Reichswehr haben, sonst wäre schade um jeden Pfennig, den wir dafür ausgeben, wäre das lediglich eine Vergeudung des Volksgeldes. (Lebhafte Zustimmung.)

Schon heute sehen wir Soldaten ein, daß die gegenwärtigen Zustände in den Kasernen unmöglich so fortbauern dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wehrpflichtigen sind ganz ungeheuerlich; ich schreie mich nicht, sagen, daß es einem manchmal wehtut, wenn man sieht, wie die

Kasernen manchmal zu Schweinehöfen werden. Daraus entstehen Gefahren, die außerordentlich groß sind. Ich möchte bei der Gelegenheit ein Wort an den deutschen Offiziersbund richten, der jetzt eine sehr lebhaftige Tätigkeit entfaltet.

Ich verheße es, wenn die Offiziere versuchen, den gegenwärtigen Zustand, soweit er sie persönlich betrifft, zu ändern, daß sie versuchen, den Offizieren und dem Offiziersstand wieder Geltung zu verschaffen. Aber die Herren sollten doch aus den Vorgängen seit der Revolution gelernt haben, daß sie auf manches verzichten müssen. Es ist nicht gerade sehr imponierend, wenn der Bund in seinen Forderungen so großen Wert auf Uniformfragen, auf Achselstücke usw. legt. Einer Zeit, wo das deutsche Volk aus tausend Wunden blutet und um seine Existenz kämpft, sollten die Offiziere höhere Interessen haben. (Beifall.) Wenn auch die alte Wehrpflicht wieder verlangen, so ist das wahrscheinlich unmöglich und auch nicht mal

auszuhalten, wenn dem wehrung getragen werden, daß der Vorposten respektiert wird. (Beifall.) Zu Beginn jeder Sitzung ist der Präsident genötigt,

Grüße aus allen Teilen des Reiches zu verlesen. Es geht einfach nicht an, daß polnische, tschechische und irgendwelche andere Banden die Grenzen des Reiches bedrohen, oder daß irgendwelche Partisanen oder ein paar Verbrecher sich Barden sammeln, Städte terrorisieren, Werke stilllegen und eine Schreckensherrschaft aufrichten. Ein Volk, das sich das gefallen ließe, hätte jeden Anspruch auf eine Zukunft verwirkt. Deshalb hoffe ich, daß sich auch aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft genug Leute finden, die freiwillig einziehen, denn Ruhe und Ordnung sind die Lebensbedingungen für das deutsche Volk. Verdiente Unteroffiziere sollen zu Offizieren befördert werden. Es gilt jetzt schnell und energisch zu handeln.

Abg. Gröber (Zentr.): Keine staatliche Autorität kann auf die Dauer bestehen, wenn sie nicht die materielle Macht zur Verfügung hat, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. — Die Schaffung einer vorläufigen Reichswehr ist eine so wichtige Aufgabe, daß wir jede Stunde als verloren ansehen, um die sie verzögert wird. Wenn diese Macht das leisten soll, was man erwartet, ist erste Voraussetzung, daß Gehorsam und Disziplin walten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertrauensauschüsse bei den Soldaten dürfen keinen politischen Charakter bekommen. Schaffen wir schnell das Gesetz, damit wir bekommen, was wir wünschen, Schutz für Ordnung und Schutz für unser Vaterland. (Beifall.)

Abg. Siehr (Dem.): Alle Vorarbeiten für den Wiederaufbau Deutschlands würden vergeblich sein, wenn es nicht gelänge, der Regierung die Machtmittel in die Hand zu geben, um die neue Verfassung zu schaffen.

Unser altes Heer, dem wir alle heißen Dank schulden, ist heute nicht mehr in der Lage, ein brauchbares Instrument für diese Zwecke darzustellen. Auf welcher Grundlage wir später ein Heer auf allgemeiner Wehrpflicht errichten können, hängt von den Friedensbedingungen ab. Es wird bedeutend hinter der alten Friedensstärke zurückbleiben. Hier handelt es sich um ein vorläufiges, aus der Not der Zeit geborenes Gesetz. Wir sprechen unser schärfstes Bedauern aus, daß es der unabhängigen Sozialdemokratie nur durch den Eintritt der deutschnationalen Volkspartei möglich gewesen ist, gestern die Beratung dieses Gesetzes zu verhindern. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) In der jetzigen Zeit wird es schwer sein, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß dieses Gesetz auch nur um eine Stunde verzögert wird. Die neue Reichswehr kann natürlich nur klein sein, sie wird aber ihren Zweck erfüllen; wenn sie auf starker Manneszucht aufgebaut ist. Wir fordern von der Regierung, mit aller Entschiedenheit, daß sie dem

österreichischen Grenzlande hilft, es vor dem fürchterlichsten zu bewahren. Wir fordern auch, daß in Schlesien, Posen und Westpreußen ein weites Vordringen verhindert wird.

### Friedensausichten.

Beschleunigung der Verhandlungen.  
Die Pariser Pressemeldungen über die Arbeiten der Friedenskonferenz haben weiter übereinstimmend hervor, daß die Arbeit der Konferenz die größtmögliche Beschleunigung erfahren müsse.

„Echo de Paris“ schreibt: „Die Ereignisse in Deutschland, besonders in Bayern, nehmen eine düstere Wendung. Diesen Verhältnissen müssen die Alliierten Rechnung tragen, um ihre Beziehungen mit dem republikanischen Reich zu regeln.“

Der Präliminarfrieden.  
Eine Pariser Depesche des „Corriere della Sera“ meldet, daß man den Friedensschluß etwa Anfang Juni, vielleicht schon früher erwarde. Sofort nach Wilsons Rückkehr am 17. März werde der Präliminarfrieden vorbereitet werden, dessen Unterzeichnung laut Pichon Mitte Mai stattfinden dürfte. Ein neuer Waffenstillstand mit Deutschland werde die Bedingungen enthalten, welche dem Abschluß des endgültigen Waffenstillstandes und des Friedens als Grundlage dienen würden.

Auf einen Vorschlag Orlando werden Österreich neue Bedingungen vorgelegt werden, um die verschiedenen Staaten der ehemaligen Monarchie zur Anerkennung ihrer „Staatsschuld und ihrer Kriegsschuld“ zu zwingen.

Wegen den Hungerkrieg.  
In der Pariser „Victoire“ schreibt Herve gegen den Hungerkrieg und gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen, deren Heimkehr abrigens nach Vorfriedensschluß zu erwarten sei. Herve fordert raschen Frieden, den Erbt mit Recht verlange, um der Gefahr des Bolschewismus zu begegnen. Es müsse verhütet werden, daß Amerika Mitleid mit Deutschland bekomme.

Versteppung des Lebensmittelabkommens.  
Die Verhandlungen über das Lebensmittel-, das Schiffsverkehrs- und Finanzabkommen in Spa, deren Beginn von der Entente für Montag angefangen worden war, konnten nicht anfangen, da die Alliierten in letzter Stunde mittelten, daß ihre diesbezüglichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen worden seien. An eine Wiederaufnahme der Verhandlungen vor dem 4. März sei nicht zu denken.

### Aus dem Ruhrrevier.

Die Beruhigung des Ruhrreviers macht nur langsam Fortschritte und ist in einigen Gebieten noch nicht in die Erscheinung getreten. Immerhin fehlt auf den Essener Bejen nur noch ein Haufel der Belegschaft. In Mülheim (Ruhr) wurde die Arbeit in allen Betrieben restlos wieder aufgenommen. Die Sicherheitswehr sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe.

Dagegen ist Spartakus in Düsseldorf noch am Ruder.

Die Spartakisten in Düsseldorf lehnen sich nicht an die zwischen dem Generalkommando in Münster und der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte festgesetzten Bedingungen. Sie lehnen es höhnisch ab, die Waffen abzuliefern. Es wird nur nicht entwaftet, sondern man sieht immer mehr Leute mit Waffen in den Straßen. Der Regierungspräsident hat nunmehr eine Bekanntmachung erlassen, laut der alle Waffen bis zum 26. Februar an bestimmten Stellen abgeliefert werden müssen; nur die Polizeibeamten sollen die Waffen behalten.

Man weiß aber heute schon, daß die Spartakisten auch dieser Aufforderung in Düsseldorf nicht nachkommen werden.

Dieser grenzenlosen Anarchie ist gar nicht anders als mit Waffengewalt ein Ende zu machen. Die ganze Bevölkerung schreit geradezu nach dem Eingreifen der Regierungstruppen. Die Stimmung ist jetzt so verzweifelt, daß weite Schichten der Bevölkerung sogar den Einmarsch der Truppen dem jetzigen Zustande vorziehen würden.

### Erbitterung der Bergarbeiter.

In einer Belegschaftsversammlung der Bergarbeiter der Zeche Schöden bei Auer machte sich eine große Erbitterung der Bergleute gegen die Spartakisten geltend. Die Versammlung beschloß, alle Spartakisten sofort aus der Belegschaft zu entfernen und ihren bisher noch nicht abgehobenen Lohn einzubehalten zur Deckung der von ihnen bei der Stilllegung der Zeche angerichteten Schäden.

### Das Generalkommando will Ordnung schaffen.

Man darf die Hoffnung hegen, daß das Generalkommando in Münster seine Absicht, völlige Ordnung zu schaffen, energisch durchführen wird. Darauf deutet folgende Kundgebung hin, die am 14. März verbreitet wird:

Trotz Bemühungen einzelner Führer ist an vielen Stellen eine Ueberschreitung der Waffenstillstandsbedingungen gemeldet (neuem aus Regierungstruppen, dabei ein Verwundeter, Beschädigung von Flugzeugen, Nichtablieferung der geforderten Geschütze, Abtransport von abzuliefernder Munition, Zusammenrottung von Bewaffneten, Verunreinigung der ruhigen Arbeiterschaft). Das Generalkommando kann nicht dulden, daß dichter gegenüber bereitstehenden Truppen grobe Ausschreitungen vorkommen. Es ist deshalb genötigt, überall dort, wo es den gegnerischen Führern nicht gelingt, die Bedingungen durchzusetzen, seinerseits vor der Front Ordnung zu schaffen.

### Spartakus im Osten.

In Schwes bei Graubenz versuchten Spartakisten (entlassene Matrosen), zwei wegen Fleischdiebstahls verhaftete Männer zu befreien. Als das Militär einschritt, fielen plötzlich aus den Häusern Schüsse. Das Militär erwiderte das Feuer, wobei ein zwölfjähriges Mädchen sowie ein älterer Mann erschossen wurden. Ueber Schwes ist der Belagerungszustand verhängt worden.

### Die Lage in Bayern.

In München ist dadurch eine Verschärfung der Lage eingetreten, daß das Organ der Unabhängigen sich nun wiederum gegen die baldige Einberufung des Landtages ausgesprochen hat. Es machen sich also wieder radikalere Strömungen geltend. Die neue Regierung ist noch immer nicht gebildet. Die Tagung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wird zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Stadt ist ruhig, in der Lebensmittelversorgung ist bisher keine Störung eingetreten.

Auch in Nürnberg und Augsburg herrscht Ruhe. In diesen beiden Städten ist eine Annäherung der Arbeiterspartakisten und Unabhängigen zu verzeichnen. In Nürnberg haben die beiden Parteien eine Entschlieung auf möglichst baldige Einberufung des Landtages gefaßt.

### Funkpruch der bayerischen Räte.

Vom bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat ist folgender Funkpruch an das Proletariat aller Länder ausgegeben worden:

„An das Proletariat aller Länder! Ein ruchloser Mord ist von den Vertretern des feudalen Militarismus an dem Führer der bayerischen Revolution, Kurt Eisner, begangen worden. Das bayerische Proletariat hat sich einmütig zum Schutze der Revolution erhoben. Die sozialistische Einheitsfront ist lebendig geworden. Wir haben zur Durchföhrung der großen Menschlichkeitsziele die Diktatur des Proletariats und der revolutionären Bauern proklamiert. Das bayerische Proletariat reicht auch die Bruderschaft und appelliert an euch im Namen des Sozialismus, uns in unseren schweren Kämpfen zu unterstützen und mit uns für einen Frieden zu arbeiten, der dem deutschen Proletariat die Lebensmöglichkeit verschafft. Das bayerische Proletariat wird der Welt beweisen, daß es Vertrauen zu euch hat, und wird in Bayern den Militarismus mit der Wurzel ausrotten. Kurt Eisner ist tot, aber lebendiger denn je ist sein Geist in den Massen des bayerischen Proletariats.“

### Ueberflüssige Stimmungsrede.

Ein Berliner Nachrichtenbüro verbreitet folgende Meldung:

„Es ist bereits bestimmt vorauszusagen, daß das neue Ministerium auf das Entschiedenste gegen etwaige Interventionsgelüste Preußens protestieren und sie auf alle Weise verhindern wird. Dem in Bayern sympathischen Gedanken, durch Agenten in bayerischen Kleinstädten oder in der Provinz weiße Gardien organisieren zu lassen, die sich gegen München wenden würden, will man mit allen Mitteln entgegenwirken.“

gegenwärtigen. Unter der Arbeiterschaft sowie auch unter der Bürgererschaft herrscht Erregung über die Idee einer solchen direkten oder indirekten Aktion.

Das ist Stimmungsmache in der äblichsten Form. 95 Prozent aller Bayern, namentlich die Bürger und Bauern, würden aufatmen, wenn Schwabingers, Schlawiner- und Literatenblase davon gesagt würde. Leider verfügt die Reichsregierung noch nicht über die nötigen Kräfte hierzu; sie würden in Bayern als Befreier begrüßt werden.

### Zwischen Krieg und Frieden.

#### Er mordung des Emir von Afghanistan.

Aus Kabul wird über London gemeldet, daß der Emir von Afghanistan am Morgen des 20. Februar im Lager von Lagbunan angegriffen und tot geschossen worden ist. Nähere Einzelheiten, besonders über das Motiv der Tat fehlen noch.

#### Friedensansichten.

Die Meldungen der feindlichen Presse, nach denen die Unterzeichnung des Friedens vor dem 1. Mai zu erwarten ist, werden in Berliner unterrichteten Kreisen für zutreffend gehalten. Jrgendeine amtliche Eröffnung von feindlicher Seite über diese Frage liegt hier allerdings nicht vor. Alles deutet indessen darauf hin, daß die feindlichen Regierungen den Zusammenhang zwischen dem Wachsen der bolschewistischen Gefahr und dem Hinausschieben der Friedensunterzeichnung endlich eingesehen haben. Man glaubt hier nicht, daß der Friedensschluß durch die Verwundung Clemenceaus verzögert wird, sondern hält es im Gegenteil für möglich, daß der Anschlag gegen den französischen Ministerpräsidenten die Unterzeichnung des Friedens noch beschleunigt. Von großer Bedeutung für die Frage des Friedensschlusses ist natürlich der Ausgang der wichtigen Verhandlungen, die Montag nachmittag um 4 Uhr in Spaa begonnen haben.

#### Erfolgreicher Bürgerstreik.

Der Generalstreik in Eisenach, der von den Arbeitern proklamiert wurde, ist durch den kraftvollen Gegenstreik der gesamten Bürgererschaft niedergelungen.

#### Die Tschechen leugnen Angriffsabsichten gegen Schlesien.

Gegenüber den Meldungen ausländischer Blätter über einen beabsichtigten Einfall tschecho-slowakischer Truppen in das Glatzer Gebiet stellt das Ministerium für Landesverteidigung fest, daß alle derartige Nachrichten jeder Grundlage entbehren. Die zur vollständigen Abschließung der tschecho-slowakischen Grenzen erforderlichen Arbeiten seien bloße Schutzmaßnahmen, die durch die wirtschaftliche Notwendigkeit geboten seien. An ein Uebererschreiten der Grenzen durch die tschecho-slowakischen Truppen werde nicht gedacht.

#### Freiwillige für Minensuchboote gesucht.

Nachdem die Entente sich nunmehr mit der Verwendung von mehr als 200 unserer Fahrzeuge zur Befestigung der Minen in der Nordsee einverstanden erklärt hat, erläßt das Reichsmarineamt Aufrufe zum Eintritt als Freiwillige. Bei freier Unterkunft und Verpflegung werden neben der Löhnung des Dienstgrades etwa 6000 Mark Zulagen jährlich gewährt. Das Leben der Verheirateten ist mit 15 000, das der Unverheirateten mit 7500 Mark versichert. Die Dauer der Arbeit wird auf 1 1/2 Jahre geschätzt; eine vierzehntägige Kündigungsfrist ist vorgeesehen und alle 6 Monate gibt es 14 Tage Urlaub. Schriftliche Meldungen sind zu richten an den „Befehlshaber der Sicherung der Nordsee in Wilhelmshaven“.

Bevorzugt werden ehemalige Minensucher, Torpedoboote- und U-Bootsleute, sowie Motorenschlosser, Elektriker, Maschinenbauer und ausgebildete Motorenheizer.

#### Das Reichskabinett und die Münchener Vorgänge.

Das Reichskabinett wird sich in diesen Tagen mit den bayerischen Verhältnissen beschäftigen und die Frage prüfen, ob die bayerischen Vertreter im Staatsauschuß noch anerkannt werden können, wenn die bayerische Regierung nicht getragen ist von dem Vertrauen der bayerischen Landesversammlung.

**Eine Zuchtkuh** | **Schüttstroh**  
wird jeder Posten sofort gekauft  
Niederrandorf Nr. 17.

### Frühjahrs-Sämereien

Sind wieder eingetroffen und empfehle Runkelrüben, Erdäpfel lange, gelbe und rote (Originalernte), Oberndorfer runde, gelbe Carott n., halblang, Möhren, lange, rote, Kraut, Strunk oder Kohlrabikraut, ich, sämtliche Gemüse-Sämereien in nur guter, keimfähiger Qualität.  
Herm. Anders, am Markt. Telefon 106.

## Gasthof Seeblick.

Dienstag 4. März

### großer Fastnachtsball

mit Belustigungen aller Art  
worauf schon jetzt ergebenst einladet  
E. A. Grösch.

## Arbeit für Einspänner sucht

Peschel, Herrngasse 89, Telefon 42.

Mit Rücksicht auf die enorme Preissteigerung der Rohmaterialien und Arbeitslöhne sieht sich die unterzeichnete Innung veranlaßt, die Preise für Anfertigung sämtlicher Kleidungsstücke um

## 125 Prozent zu erhöhen.

Mit der Bitte hiervon Kenntnis nehmen zu wollen  
hochachtungsvoll

## Schneider-Innung Dippoldiswalde u. U.

### Wohnung,

bestehend aus Stube, Kammer, Küche u. Zubeh., für 1./7. 19 i. Dippoldiswalde od. Ullersdorf zu mieten gef. Off. erb. u. S. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

### Möbl. Zimmer

gesucht von Beamten für 15. März in Schmiedeberg oder Umg. Off. erb. u. W. a. d. Geschäftsst. d. Bl.

### Ein Wirtschafts- gehilfe,

Anfangs 20er Jahre, wird sofort gesucht, der mit allen landwirtschaftlichen Arbeiten und Maschinen vertraut ist und auch die Arbeiten mit Pferden zu übernehmen hat. Zu melden beim Gutbesitzer Otto Nitzsche in Cunnersdorf b. Schlottwitz Nr. 28.

### Einen zuverlässigen Geschirrführer

sucht sofort  
Otto Straube Nachf.,  
Schmiedeberg.

### Suche für Ostem einen Friseur- lehrling.

Willy Stephan, Friseur,  
Dippoldiswalde, Lutherpfloß.

### Tüchtiges Hausmädchen

sucht für 1. April  
Frau Geh. Forststrat Plant,  
Bärenfels bei Ripsdorf, Ober-  
forstmeisterei.

### Edelst., arbeitsstrebige Magd

sucht sofort. Gutbesitzer  
P. Boden, Ullersdorf.

### Hausmädchen

zum baldigen Antritt gef.  
Buschmühle-Schmiedeberg.

### Briefbogen

druckt Buchdruckerei Jehne.

### Ein Paar getragene Stiefel

und ein guterhalt., getrag.  
Jackett

werden verkauft Freiberg  
Str. 209, part. r.

## Tanz-Unterricht!

Mittwoch den 5. März abends 1/28 Uhr  
beginnt im **Gasthof Schmiedeberg**  
ein neuer Kursus für moderne Tänze mit Um-  
gangsformen. Beste Anmeldungen am ge-  
nannten Abend dajelbst erbeten. Honorar 25 M.

Um zahlreiche Beteiligung bitte! Hochachtungsvoll  
Deuben, Weststr. 9. Ernst Pöthig, Tanzlehrer.

## Max Lichtenberger Wilda Lichtenberger

geb. Vetterlich

Vermählte

Freibersdorf b. Frauenstein, d. 26. Febr. 1918

**Hausgrundstück** | **Eine Frau sucht**  
mit Garten zu kaufen gesucht | **Hausmannsposten**  
in Rallier, Wendischcaradorf, | Offert. erb. u. A. B. 100 an  
Della od. Seifersdorf, Off. unt. | die Geschäftsstelle d. Bl.

## 100 Mark Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir den Urheber des  
Butterbeschlagnahme-Gerüchtes so namhaft  
macht, daß ich denselben gerichtlich belangend  
kann; vor Weiterverbreitung wird gewarnt.

## S. Krumpolt, Buschmühle-Schmiedeberg.

### Kleider-Kostümstoffe Konfirmanden-

### Kleiderstoffe Knaben-Anzugsstoff

### Ballstoffe — weiß — Leinen — roh, weiß —

### Gardinen, Tisch-, Sofa- Decken — von Ersatzstoff —

### Handschuhe Herrenwäsche

## Max Langer

Dippoldiswalde Fernruf 141

Für die uns in so reichem Maße zuteil  
gewordene wohlthunende Teilnahme beim Heim-  
gange meiner viel zu früh dahingekleideten  
lieben Gattin, unserer guten, treuherzigen  
Mutter, Frau

## Anna Bertha Fritzsche

geb. Nefch  
sagen wir allen lieben Verwandten, Nachbarn  
und Bekannten, die durch Wort, Schrift, zahl-  
reichen Blumensträußen und ehrendes Geleit zur  
letzten Ruhestätte unsere liebe Tote ehrten und  
uns Trost spendeten, unsern herzlichsten Dank.

Du aber, liebe Gattin und gute Mutter,  
ruhen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“  
in die Wirklichkeit nach.

Großhlo, den 25/2. 1919.  
Der trauernde Gatte Max Fritzsche  
nebst Kindern.

## Danf

für die vielen Beweise der Liebe und  
Teilnahme beim Heimgange unserer lieben  
Schwieger und Schwägerin, der Frau

## Bertha verw. Ludwig

geb. Zeller  
in Seifersdorf

sagen wir allen, insbesondere Herrn  
Gemeindevorstand Hegewald und dessen  
Gattin für ihre Güte und Beistand bis  
zum Tode.

Steinbrümmühle.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Welcher  
schlechte  
nahme  
Feierlich  
Spätnach  
geben  
ich ein  
2.85 M.  
1.90 M.  
95 Pf.  
10 Pf.  
Postbot  
Vusttrag  
stel

**Am**

**Fr.**

VI. M.  
Konjunkt  
Konjunkt  
umfaßt  
gefilte  
M.  
für die  
des VI.  
Krisler  
vom 1.  
verfam  
Ergebn  
gehend

mir sch  
dem B  
und, d  
der selb  
der Be  
Ignode  
1911 -  
3  
Wahlin  
find, w  
ist. D  
bei der  
weltlich  
S  
Hilfge  
der F  
wählen  
3  
auf die  
stimmu  
30. M  
ordnun  
wendu  
und, w  
Kirchen  
meinf  
müllen

Di  
der St  
28. Fe  
1. I  
gehörig  
pachun  
der G  
buden  
veränd  
6. Vor  
von M  
b) Nid  
Di  
stadi  
ligen S  
1. Juli  
mach,  
Dr. G

(Ortag  
gut be  
führde  
eröffne  
Mitt  
durch  
Frauen  
Solle  
abgefi  
gruppe  
der D  
1918  
Hiera  
Raffen  
beim S  
rung  
dann